

Niederschrift
über die Sitzung des Bielefelder Klimabeirates
am 17.01.2024

Tagungsort: Else-Zimmermann-Saal, Technisches Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:05 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Herr Jörg Beyer

Frau Smilla Jongmanns

Herr Dr. Timothy McCall

Herr Klaus Meyer

Herr Karl-Ludwig Meyer zu Stieghorst

Frau Angela Rehorst

Herr Dr. Michael Schem

Vorsitz

Herr Kai Schwartz

Frau Prof. Dr.-Ing. Eva Schwenzfeier-Hellkamp

Herr Ulrich Tepper

Frau Bettina Willner

Stellvertretende Mitglieder

Herr Dirk Artschwager

Herr Adalbert Niemeyer-Lüllwitz

Frau Gabriele Paßgang

Herr Alexander Schem

Verwaltung

Herr Martin Adamski

Frau Tanja Möller

Frau Birgit Reher

Dezernat 3

Umweltamt

Umweltamt

Schriftführung

Frau Franziska John

Umweltamt

Zu Punkt

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Dr. Schem begrüßt die Anwesenden und stellt den form- und fristgerechten Versand der Tagesordnung und die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt Herrn Alexander Schem und Frau Gabriele Paßgang als neue Mitglieder im Klimabeirat.

Ebenfalls begrüßt er Frau Choryan, vom Amt für Verkehr, welche einen kurzen Input über die Mobilitätsbefragung 2022/2023 geben wird.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die 17. Sitzung des Bielefelder Klimabeirates am 18.10.2023

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Ohne weitere Absprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Niederschrift über die 17. Sitzung des Bielefelder Klimabeirates vom 18.10.2023 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2

Bericht aus dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz vom 07.11.2023 und 09.01.2024

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Herr Dr. Schem berichtet aus dem Ausschuss vom 09.01.2024.

Er gibt zur Kenntnis, dass zukünftig jährlich über den Umsetzungsstand der Baumschutzsatzung berichtet werden solle. Es seien Statistiken u.a. zu stattgegebenen Anträgen und erfolgten Beratungsmaßnahmen präsentiert worden.

Des Weiteren sei über die Umsetzungsmaßnahmen der Wasserrahmenrichtlinie berichtet worden.

Herr Dr. Schem erinnert daran, dass das Projekt „GießkannenheldInnen“ im Jahr 2023 nicht umgesetzt werden konnte, nun aber für 2024 neu beschlossen worden sei.

Zum Thema „Gesunde Kita- und Schulernährung“ hätte der Schul- und Sportausschuss beschlossen, das Thema künftig in der Konzessionsausschreibung für Schulernährung mit aufzunehmen und den Antrag des BKB abgelehnt.

Frau Möller macht auf die Antwort der Verwaltung zur Anfrage der SPD Fraktion zum Thema Erdwärmesonden als Wärmepotential aufmerksam.

Zusätzlich wurde eine Informationsvorlage zum Thema: „Aufstellung sachlicher Teilplan Wind- und erneuerbare Energien“ vorgelegt, beides ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Frau Reher berichtet zum Thema „Gesunde Kita- und Schulverpflegung“ und erläutert, dass der Schul- und Sportausschuss den Antrag in der vorliegenden Form zwar abgelehnt, der Jugendhilfeausschuss diesen jedoch beschlossen habe. Wie oben erwähnt, würden die Vorgaben allerdings bei den nächsten Konzessionsausschreibungen des Schul- und Sportausschusses berücksichtigt.

Frau Willner fragt nach, ob es eine Möglichkeit zur verpflichtenden Einbindung der Vorgaben gäbe.

Frau Reher erklärt, dass zugesagt worden sei, die Vorgaben in der Planung der Konzessionsausschreibung mit zu berücksichtigen und das Ergebnis der Politik vorzustellen.

Des Weiteren berichtet sie über den aktuellen Stand der Planung zur Gründung von Energiegenossenschaften. Bislang hätten zwei Veranstaltungen, darunter eine im Online-Format, eine in Präsenz, stattgefunden. Beide seien gut besucht gewesen. Anfang Februar sei ein weiteres Treffen geplant, aktuell lägen schon 20 Anmeldungen vor. Die Stadt werde den Prozess auch nach einer Gründung weiterhin mit Expertise begleitend unterstützen.

Frau Reher macht auf das Projekt „MeinSiggi“ aufmerksam, welches nun auch Lastenräder zum Leihen anbieten würde. Geplant sei, dieses nach Möglichkeit noch deutlich auszuweiten. Die Lastenradförderung „Klimafreundliche Mobilität“ müsste dementsprechend nicht fortgeführt werden.

Frau Reher berichtet über den Stand des Projektes „Klimaschutz - einfach machen“. Die Teilnehmenden Haushalte befänden sich derzeit in der Praxisphase. Das Projekt würde bislang sehr positiv bewertet, sowohl von den Teilnehmenden selbst, als auch von den Anbietenden. Die Abschlussveranstaltung sei für den 15.02.24 geplant. Unter anderem mit einer Fahrt in der Klimabahn. Weitere Informationen dazu unter: <https://www.bielefeld.de/einfach-machen>.

Darüber hinaus teilt Frau Reher mit, dass das Projekt Ökoprofit in eine weitere Runde starten würde. Es fehle jedoch noch mindestens ein teilnehmendes Unternehmen, um das Projekt starten zu können. Sie bittet darum, für das Projekt zu werben.

Weiter berichtet Sie über den Stand der Strategieerarbeitung „Klimaneutral 2030“. Der Bericht würde momentan noch verwaltungsintern abgestimmt. Vor der Sommerpause solle dieser der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Zu Punkt 4.1 **Umsetzung der DGE-Standards in Schul- und Kita-Verpflegung**

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

Frau Reher gibt zur Kenntnis, dass die Anfrage noch in Bearbeitung wäre.

Kennntnisnahme

Zu Punkt 4.2 **Umsetzung der Mehrwegangebotspflicht**

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer:

Frau Reher teilt mit, dass auch diese Anfrage sich noch in Bearbeitung befinde.

Kennntnisnahme

Zu Punkt 5 **Anträge**

Zu Punkt 5.1 **Neues Klima durch Kooperation und Partizipation**

Beratungsgrundlage:
Drucksachenummer: 7280/2020-2025

Herr Meyer stellt sein mitgebrachtes, solarbetriebenes Bobbycar vor, welches auf einer Messe, in einer mobilen Werkstatt, von Jugendlichen gebaut worden sei. Dies sei der Ausgangspunkt gewesen für seine Idee für das Projekt „Neues Klima durch Kooperation und Partizipation“. Das Projekt solle zusammen mit der AWO umgesetzt werden. Geplant sei, mit mobilen Werkstätten in Quartiere zu gehen, um Menschen mit nicht privilegierten Hintergründen zu erreichen und Bildungsansätze für den Klimaschutz zu schaffen. Praxisnah solle damit zudem auch eine Verbindung mit der persönlichen Lebenswirklichkeit geschaffen werden, indem Berufsperspektiven aufgezeigt werden. Herr Meyer betont, Klimaschutz müsse nicht nur gedacht, sondern gemacht werden. Es werde mit den Quartiersmanager*innen der AWO in die Quartiere gegangen und in den mobilen Werkstätten zusammen mit den Bürger*innen gearbeitet. Schritt für Schritt würde an das Thema Technik und erneuerbare Energien herangeführt und somit einen Zusammenhang zum Klimaschutz hergestellt.

Die Erfahrung zeige, dass das Interesse an der Beteiligung bei allen Altersklassen hoch sei. In einer weiteren Runde sei angedacht, mit interessierten Teilnehmenden ein Unternehmen zu besichtigen, um zu erkunden, welche Berufe in diesem Bereich möglich sind. Das Projekt sei zusammen mit der AWO noch in der Entwicklungsphase.

Herr Meyer erläutert und begründet die Kostenaufstellung (Siehe Antrag). Darüber hinaus sei gewünscht das Projekt mit dem Projekt „Partizipative Quartiersarbeit“ zu verknüpfen.

Herr Dr. Schem äußert sich positiv über die Idee, Jugendliche an „Klimaschutzberufe“ heranzuführen. Er fragt nach, ob die Handwerkskammer oder die Industrie- und Handelskammer (IHK) eventuelles Interesse an einer Zusammenarbeit hätten.

Herr Tepper berichtet, dass die IHK den Bobbycar Solar Racingcup durch die Umweltstiftung der IHK mehrfach gefördert habe. Die hier vorgestellte Spezialisierung, mit Verbindung zur Berufsförderung, würde positiv gesehen.

Frau Reher gibt zu bedenken, dass die beantragte 100 %ige Förderung des Projektes zunächst durch das Rechtsamt geprüft werden müsse, da ein Großteil der Mittel für Personalkosten des Antragstellers und der AWO verwendet werden sollen.

Frau Reher unterbreitet den Vorschlag, das der BKB den Antrag anteilig unterstützen könne, beispielweise über die Finanzierung der Sachmittel. Um die Personalkosten abdecken zu können, solle versucht werden weitere Fördermittel zu akquirieren.

Herr Meyer erklärt, würden nur die Sachkosten von 8.000 Euro über den BKB gefördert, müssten die anderen 80% von extern eingeholt werden. Die Handwerkskammer oder auch die IHK hätten in der Vergangenheit grundsätzlich solche Projekte gefördert. Der Prozess wäre jedoch langwierig. Er fragt nach, was getan werden könne, um den Prozess verwaltungsintern zu beschleunigen.

Herr Dr. Schem schlägt vor, dass der BKB einen Teil der Personalkosten übernehmen könne. Beispielsweise könnten von den 45.000 Euro Zwei Drittel übernommen werden.

Herr Dr. Schem fragt Herrn Tepper, ob das Projekt über den Klimaschutzfond der IHK unterstützt werden könne.

Herr Tepper erwidert, dass dies nicht möglich sei, da der Etat schon für andere Projekte verplant sei. Er betont noch einmal den Mehrwert dieses Projektes, er sehe realistischer Weise jedoch keine Förderungsmöglichkeiten seitens der IHK.

Frau Rehorst schlägt vor, die Personalkosten aus dem BKB zu bezuschussen, anstatt die Sachkosten. Das Fremdeinwerben von Sachkosten wäre einfacher.

Herrn Artschwager sei nicht klar, wo das Problem liege. Wenn dem BKB generell die Möglichkeit verweigert würde, Personalkosten zu fördern, dann würde auf Dauer die Schwierigkeit bestehen, sozial ausgerichtete Projekte umzusetzen. Er fragt nach, ob eine Förderung von Personalkosten grundsätzlich bei Gremien wie dem BKB, ausgeschlossen seien.

Herr Dr. Schem gibt zur Kenntnis, dass der BKB relativ frei sei in seinen Beschlüssen.

Herr Mc Call stimmt Herrn Artschwager zu, dass es schwierig werden könne, Projekte durchzusetzen, die an Personalkosten gebunden wären.

Frau Möller erklärt, dass das Klimabudget 200.000 Euro betragen würde, wovon die Hälfte als investive Mittel und die andere Hälfte als konsumtiven Mittel vorgesehen seien. Die 200.000 Euro Klimabudgets seien an die Formulierung gebunden, dass dieses Budget für Projekte mit einer

unmittelbaren CO2 Reduktion verausgabt werden sollte. Dem BKB stehe es natürlich frei zu beschließen.

Frau Reher erklärt, würde es zu einer Beschlussfassung kommen, müsse der Zuschussantrag dahingehend geprüft werden, ob die Stadt die Personalkosten eines Mitgliedes des BKBs und der AWO mit kommunalen Mitteln fördern dürfe.

Herr Dr. Schem bittet die Verwaltung zu bedenken, dass mit der Restriktion von Beteiligung der Mitglieder an einem Projekt, dem BKB die Hände gebunden seien, Projekte voranzubringen. Dies wäre nicht zielführend. Ein Interessenkonflikt könne vermieden werden, wenn sich das antragstellende Mitglied enthalten würde. Dies war bei mehreren beschlossenen Projekten ein gangbarer Weg. Allerdings sei ihm bewusst, dass es sich dabei um Sachmittel gehandelt habe und nicht um Personalkosten.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Bielefelder Klimabeirat (BKB) empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz (AfUK), das Projekt „Neues Klima durch Kooperation und Partizipation“ durchzuführen. Hierbei werden 45.000 Euro aus dem Klimabudget zur Verfügung gestellt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Bericht zur Haushaltsbefragung zum Mobilitätsverhalten

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Frau Choryan vom Amt für Verkehr berichtet über die Haushaltsbefragung 2022 zum Mobilitätsverhalten.

Die Präsentation ist im Ratsinformationssystem einsehbar.

Herr Meyer fragt nach, ob die Dynamik der Veränderung des Mobilitätsverhaltens generationsübergreifend sei.

Frau Choryan erklärt, die jüngere Generation würde sich anders verhalten als die Ältere. Es würde nicht nur öfter der ÖPNV genutzt, sondern auch das Fahrrad.

Herr Artschwager berichtet, dass in der Vorlage zur Mobilitätsbefragung in der Einleitung stehen würde, dass der Radverkehr bis 2025 auf einen 25 prozentigen Anteil gebracht werden solle. Der Rest des Umweltverbundes würde danach angegangen werden. Herr Artschwager hätte den Umweltverbund jedoch immer als Ganzes betrachtet. Er frage sich, ob die genannte Vorgehensweise irgendwo beschlossen worden wäre.

Des Weiteren fragt er nach dem vorgetragenen Anstieg des ÖPNV seit 2017. Den Berichten von moBiel zufolge, habe es 2017 knapp 60 Millionen Fahrgäste gegeben, währenddessen es im Jahr 2020 nur 50 Millionen gewesen wären. Dies sei widersprüchlich.

Darüber hinaus seien die Pendler*innen in der Befragung zwar mitbedacht worden, allerdings begrenzt auf die Bielefelder Bevölkerung. Dieselbe Befragung habe auch in Herford und Gütersloh stattgefunden. Die-

se Städte hätten sicherlich auch Bürger*innen, welche nach Bielefeld pendeln würden. Würde bei diesen drei Städte das Pendlerverhalten insgesamt betrachtet, müssten generell mehr Informationen generierbar sein.

Herr Artschwager erläutert die Wichtigkeit der Evaluierung von Pendlerverhalten, besonders im Hinblick auf die momentanen Straßenbauprojekte, wie z.B. die B66. An verschiedenen Stellen gäbe es Straßenbauprojekte, welche der Bielefelder Innenstadt auch schaden würde.

Im Vergleich zu Herford sei Bielefeld quantitativ gut mit ÖPNV ausgestattet.

Herr Adamski erklärt, dass der Beschluss gefasst worden wäre, den Individualverkehr um 50 % zu reduzieren. Ein Schwerpunkt läge auf den Radverkehr, der ÖPNV würde dennoch nicht vernachlässigt. Der ÖPNV würde die Stadt jährlich zwischen ca. 30-40 Millionen Euro kosten.

In den ÖPNV Ausbau würden ca.12 Millionen Euro investiert, in den Radverkehr ca. 9 Millionen Euro und in den Fußverkehr sollen 200.000 Euro investiert werden.

Das Pendlerverhalten wäre auf der Agenda mitaufgenommen. Konzepti- onell sei die Stadt dabei P&R Parkplätze zu untersuchen. Die Pendler*innen sollten von dort aus die Möglichkeit bekommen, mit dem ÖPNV stadteinwärts zu fahren. Hinzukommen würden „Push & Pull“ Maßnahmen, wie Parkgebühr Erhöhungen.

Herr Beyer gibt zur Kenntnis, dass die Befragungen alle paar Jahre erstellt würden und die Lebensrealität eventuell eine ganz andere sei. Die Pendlerströme innerhalb Bielefeld seien stark angestiegen, besonders mit dem PKW.

Die Schwierigkeit der Verkehrswende läge u.a. auch am starken Personal- mangel. Der Kreis Gütersloh hätte z.B. teilweise Linien eingestellt, weil sich kein Personal finden lasse.

Herr Dr. Schem betont, dass fast 1/5 der Bielefelder*innen keinen eigenen PKW hätten. Es sollte also darüber nachgedacht werden, dass der Ausbau des ÖPNV sowie auch des Rad- und Fußverkehrs für 1/5 der Gesellschaft unabdingbar sei. Der Umweltverbund habe einen integrati- ven Charakter, deshalb sei es von hoher Wichtigkeit diesen weiter aus- zubauen.

Er gibt außerdem zu bedenken, dass die Flexibilität beim Radverkehrs- ausbau deutlich höher wäre, als beim ÖPNV. Die anderen Punkte sollten aber nicht vernachlässigt werden. Die Pendlerströme würden zudem u.a. von der Arbeitsagentur untersucht werden und die Daten veröffentlicht.

Herr A. Schem fragt nach, ob eine Aufschlüsselung über den Umstieg von PKW auf ÖPNV, in den einzelnen Stadtteilen, möglich wäre.

Frau Choryan gibt zur Kenntnis, dass sie dies als Idee, für die nächste Befragung, mit aufnimmt.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 7

Partizipative Quartiersarbeit zum Thema Umwelt-, Klimaschutz, Nachhaltigkeit & Gesundheit

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7212/2020-2025

Herr Dr. Schem weist daraufhin, dass das Budget von 200.000 Euro nicht für alle der angegebenen Projekte ausreichen würde.

Herr Mc Call gibt zur Kenntnis, dass AWO und Energie Impuls OWL als neue Kooperationspartner dazugekommen seien.

Frau Reher schlägt vor beim Projekt „Spülmobil“ von 20.000 Euro auf 16.000 Euro zu reduzieren.

Es ergeht folgender

Beschluss:

Der Bielefelder Klimabeirat (BKB) empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz (AfUK), das Projekt „Partizipative Quartiersarbeit zum Thema Umwelt-, Klimaschutz, Nachhaltigkeit & Gesundheit“ in 2024 durchzuführen. Hierfür werden 56.226 Euro aus dem Klimabudget zur Verfügung gestellt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8

Förderprogramm "GießkannenheldInnen"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7213/2020-2025/1

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Betriebsausschuss des Umweltbetriebes (BUWB) und der Bielefelder Klimabeirat (BKS) empfehlen dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz (AfUK), für die Umsetzung des Projektes „GießkannenheldInnen“ aus dem Klimabudget 2024 den Betrag von 50.000 € bereitzustellen.

Zu Punkt 9

Förderung von Reparaturen von Haushalts-und Elektronikgeräten als Pilotprojekt und von Repaircafes

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7208/2020-2025

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

1. Der Bielefelder Klimabeirat (BKB) empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz (AfUK), die Verwaltung zu beauftragen, eine Förderrichtlinie für Reparaturen von Haushalts- und Elektrogeräten entsprechend den Vorgaben der Beschlussvorlage 6701/2020-2025 zu erarbeiten. Für die Umsetzung der Förderrichtlinie werden 30.000 € aus dem Klimabudget zur Verfügung gestellt.

2. Der Bielefelder Klimabeirat (BKB) empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz (AfUK), die zusätzliche Förderung von Repair-Cafés in Bielefeld zu verstärken und hierfür 3.000 € aus dem Klimabudget zur Verfügung zu stellen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10

Förderung von Spülmobilen auf öffentlichen Veranstaltungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7253/2020-2025

Herr Dr. Schem nimmt den Vorschlag von Frau Reher auf, die Förderung für das Spülmobil von 20.000 Euro auf 16.000 Euro zu reduzieren.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Bielefelder Klimabeirat (BKB) empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz (AfUK), die Förderrichtlinie „für die Anmietung von Spülmobilen zum Einsatz bei Veranstaltungen im Stadtgebiet Bielefeld“ auch in 2024 weiterzuführen und hierfür ein Budget von 16.000 € aus dem Klimabudget zur Verfügung zu stellen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 11

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen- Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer:

Frau Reher weist auf die versandte Beschlusstabelle hin.

Herr Meyer zu Stieghorst bittet um eine Übersicht aller Ausgaben von 2020-2023.

Kenntnisnahme

Zu Punkt 12 Ausblick auf die nächste Sitzung des Bielefelder Klimabeirates

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

Frau Reher berichtet, dass für die nächste Sitzung eine Vorstellung des Klimateams aus dem Umweltamt angedacht sei.

Kenntnisnahme



Dr. Michael Schem



Franziska John